Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 50 (1956)

Heft: 7

Artikel: Weltrundschau : die Wandlung des Kommunismus ; Die Reaktion der "freien Welt" ; Der Aufstand in Posen ; Kenia - eine Tragödie ; Die Farbenschranke ; Diktatur in Rhodesia ; Widerstand in Nyassaland

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140097

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

auch Römer 13, 1 ff., nur recht verstanden wird, wenn die unbedingte Ablehnung des Tötens wie des Kriegsdienstes für den Jünger Christi darin vorausgesetzt wird. Wilhelm Mensching hat damit sicher recht, und die Kriegstheologen jeder Observanz, wie es das Beispiel des Redaktors der «Reformatio» zeigt, können mit allen «reformierten oder auch lutherischen Staatsauffassungen» diese klare Sachlage nicht beseitigen. So ist diese Schrift auch ein Stück Arbeit an der Befreiung Jesu von einer Hauptlüge der Theologen und Kirchenmänner. *A. B.*

Angezeigt seien hier noch zwei Schriften, auf die wir in einer der nächsten Nummern der «Neuen Wege» eingehen werden:

Erstens eine ausgezeichnete Schrift unseres Freundes Dr. Nikolaus Koch, betitelt: *«Revolution im Wehrdenken»* (Verlag des Instituts für Geosoziologie in Bad Godesberg am Rhein)*, und zweitens eine im gleichen Verlag erschienene Schrift *«Atomkrieg»* (Grundlegende Informationen). *A. B.*

Fritz Wartenweiler:

1. *Mahatma Gandhi, die große Seele Indiens.* Schweizerischer Verein abstinenter Lehrer und Lehrerinnen.
2. *Vinet, ein Kämpfer für Wahrheit, Liebe und Freiheit des Gewissens.* Rotapfel-Verlag, Erlenbach-Zürich.

Der bekannte Pädagoge und Schriftsteller Fritz Wartenweiler macht uns in den vorliegenden, in gut lesbarer Form abgefaßten Schriftchen mit zwei bedeutenden Menschen bekannt, von denen wir Entscheidendes lernen können. Wir sind dem Verfasser dankbar, daß er die wesentlichen Gedanken dieser beiden Gestalten einem größeren Leserkreis erschließt und zugleich zu weiterem, vertieftem Studium anregt. *K. St.*

Fritz Wartenweiler: Schach dem Hunger. Rotapfel-Verlag Zürich. 32 Seiten mit Kunstdrucktafeln. Kartoniert Fr. 1.40 (ab 50 Exemplaren Fr. 1.—).

«Die Welt ist reich, und wir sind arm.» An diese Dichterworte muß man denken, wenn man die heutige Ernährungsnot vieler Völker sieht. Ihre Not ist riesengroß. Die 19 reichsten Länder der Erde schließen 16 Prozent der Weltbevölkerung ein, verfügen aber über 66 Prozent des Welteinkommens. Die 15 ärmsten Völker umfassen die Hälfte der Menschheit und müssen sich mit 9 Prozent des Welteinkommens begnügen. Diese Not sollte uns ans Herz greifen – erschüttern. Der Kampf gegen den Hunger sollte eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit sein. Möge daher diese Schrift in weiteste Kreise des Volkes dringen. *Hansruedi Zbinden*

WELTRUNDSCHAU

Die Wandlung des Kommunismus Das große Thema der Weltpolitik ist immer noch — und wird es wohl für geraume Zeit bleiben — die Auseinandersetzung der Weststaaten mit der *Neuorientierung des Kommunismus.* Unsere Leser wissen, daß wir diese Neuorientierung durchaus ernst nehmen. Was auch immer die Hintergründe des 20. Kongresses der Kommunistischen Partei der Sowjetunion sein mögen: die Entwicklung wird sich über alle Taktik und ursprüngliche Zielsetzung der gegenwärtigen

Sowjetführer hinwegsetzen und mit der Logik der geistigen und sittlichen Ideen, denen die materialistische Dialektik eine so nebensächliche, nur relative, abgeleitete Bedeutung zuerkennt, Verwirklichungen bringen, die die Welt auf dem Wege zu Frieden, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit ein entscheidendes Stück weiterführen werden.

Wie nur zu begreiflich, hat der jähe Kurswechsel in Moskau die ganze kommunistische Welt in Aufruhr gebracht und in größte Unruhe — eine *heilsame* Unruhe — gestürzt. In der Sowjetunion selbst scheint nach einem offenbar verläßlichen Bericht des «New Statesman» (7. Juli) aus Moskau überwiegend eine zuversichtliche, gelockerte Stimmung zu herrschen in der Erwartung wirksamer politischer und wirtschaftlicher Reformen, die in der Luft liegen; die landwirtschaftliche Bevölkerung genieße schon jetzt befriedigt die Früchte der Umstellung der Agrarpolitik, die 1953 begonnen worden ist. In den kommunistischen Parteien außerhalb der Sowjetunion trifft man alle Abstufungen der Gefühle, von erleichterter Zustimmung zum neuen Kurs (nach Überwindung des ersten Stoßes) bis zur erbitterten, dumpfen Ablehnung der vom Kreml gestellten Zumutungen, wie sie besonders für die alte Garde in Frankreich bezeichnend ist — nicht unverständlich angesichts des immer vollkommeneren moralischen Versagens der Sozialistischen Partei, das den Kommunisten, der wirklichen Arbeiterpartei Frankreichs, neue Möglichkeiten eröffnet, aber (scheinbar) eine von keinen inneren Auseinandersetzungen erschütterte Parteieinheit fordert. In schwieriger Lage sind auch die italienischen Kommunisten, denen schon bei den jüngsten Gemeindewahlen die Linkssozialisten (unter Führung Nennis) erheblichen Abbruch getan haben; der kluge Togliatti — der mich, nebenbei, immer an einen geschmeidigen, in allen Künsten weltlicher Taktik und Diplomatie erfahrenen Kleriker erinnert — gibt sich größte Mühe, die Kritik am Stalinismus marxistisch zu vertiefen und die wirklichen Ursachen der Entartungserscheinungen im sowjetischen Kommunismus klarzustellen, wobei er aus anderen kommunistischen Parteien heraus — der amerikanischen und der schweizerischen zum Beispiel — unterstützt wird. Gleichzeitig verkündet er — endlich — die grundsätzliche Selbständigkeit der kommunistischen Landesparteien gegenüber der sowjetischen Bruderpartei, in der Hoffnung, den Linkssozialisten das Wasser abgraben und anderseits mit einer weniger dogmatischen, duldsameren, der Demokratie besser Rechnung tragenden politischen Praxis doch die Aktionseinheit mit ihnen aufrechterhalten zu können, die freilich eine Notwendigkeit bleibt, soll in Italien ein echter sozialer und politischer Umschwung kommen.

Als vorläufiges Ergebnis der Diskussion in den kommunistischen Parteien darf wohl festgestellt werden, daß eine Revision des ganzen Ideengehalts des Kommunismus im Gang ist, verbunden mit einer Neu-

belebung — nicht Erschlaffung! — der revolutionär-sozialistischen Stoßkraft und der Hoffnungen auf die Wiederherstellung der Einheit der sozialistischen und Arbeiterbewegung, sei es auch nur als freie Aktionsgemeinschaft von Fall zu Fall. Der organisatorische Zusammenhalt der kommunistischen Weltbewegung wird dadurch unzweifelhaft geschwächt, und der Sowjetblock beginnt sich — ein Triumph des titoistischen Jugoslawiens! — in einen Bund unabhängiger, wenn auch kommunistisch ausgerichteter Länder umzuwandeln, der immer weniger als die brutal nivellierende Dampfwalze denunziert werden kann, die er in der Phantasie der Westvölker bisher war*. Anderseits aber kann die Sache des Sozialismus, des Friedens und der Freiheit durch diese Entwicklung nur gewinnen, zumal wenn man sich, wie das in zwei bemerkenswerten Aufsätzen des Pariser «Observateur» Isaak *Deutscher* (der verdienstvolle Biograph Stalins und Trotzkys) tut, den Zusammenhang der Rebellion Chruschtschews, Mikoyans und ihrer Kollegen gegen die Aera Stalin mit der ganzen Entwicklung der Sowjetpolitik vergegenwärtigt.

Deutscher unterscheidet drei Hauptepochen der bisherigen Geschichte der Sowjetunion: die Aera Lenin mit dem Machtmonopol der Bolschewistischen Partei als einzigem Mittel, um die Revolution durchzuführen und gegen ihre Feinde im Innern und im Ausland zu schützen; die Herrschaft einer einzelnen Parteigruppe unter der Führung Stalins, mit Ausschaltung, ja Ausrottung der abweichenden Richtungen; und schließlich die Alleinherrschaft Stalins, der keine anderen Götter neben sich duldete. Jede Stufe dieser Entwicklung ist aus der vorhergehenden erwachsen, als Ausdruck der inneren Spannungen, wie sie durch die Notwendigkeit der Industrialisierung, der Kollektivierung der Landwirtschaft, der Rüstungsproduktion und der Verteidigung gegen die Bedrohung der Sowjetunion von außen hervorgerufen wurden. Und nun sah sich die Staats- und Parteiführung nach Stalins Tod einer neuen Lage gegenüber. Frei von dem Zugriff des allmächtigen Diktators konnte sie die Folgerungen aus der Tatsache ziehen, daß die

* Die osteuropäischen Volksrepubliken dürften damit mehr und mehr ins gleiche Verhältnis zur Sowjetunion treten, in dem schon bisher das neue *China* zu ihr stand. — Im übrigen macht sich auch in China eine ausgesprochene Liberalisierung geltend. Der Propagandachef der Kommunistischen Partei, Lu Ting-yi, hat letzthin in einer Versammlung maßgebender Intellektueller nichts Geringeres ins Auge gefaßt als ein Nebeneinander materialistischer und idealistischer Philosophien. Und an der jüngsten Tagung der chinesischen Nationalversammlung ist ebenfalls immer wieder das Stichwort von der «Verschiedenheit in der Einheit» gefallen. Dazu kommt eine schon tatsächlich in Gang gesetzte vermehrte Berücksichtigung berechtigter Gruppeninteressen in Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft, mit bewußter Ablehnung der wahllosen Sozialisierung nach Schema F. Im Gegensatz zur Sowjetunion und zu den europäischen Volksrepubliken werden zum Beispiel jetzt auch die Großbauern und die ehemaligen, bei der Revolution enteigneten Grundbesitzer in die landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften aufgenommen, sofern sie die neue Ordnung der Dinge annehmen.

Sowjetunion der fünfziger Jahre eine andere ist als die der dreißiger Jahre: die zweite Industriemacht der Welt, die Vormacht des sozialistischen Drittels der Menschheit, in gewaltigem Aufschwung auf allen Lebensgebieten begriffen. Die neuen Führer bleiben aber dennoch grundsätzlich auf der Linie, auf der sich die bisherige Entwicklung bewegt hatte:

«Sie denunzieren hintendrein die Regierung des alleinigen Führers, sehen aber nichts Schlimmes in der Regierung der alleinigen Parteigruppe, die ihrerseits ihre Wurzeln in der Regierung der alleinigen Partei hatte. Sie möchten Stalinisten ohne und gegen Stalin bleiben und zum Geiste des ‚gesunden', ‚unschuldigen' Stalinismus der zwanziger Jahre zurückfinden, jenes Stalinismus, der noch nicht im Blute der Alten Bolschewistischen Garde und der Bauern- und Arbeitermassen gewatet hatte. Sie sind sich nicht klar darüber, daß der ‚unsinnige' Stalinismus der letzten Zeit dem ‚gesunden' Stalinismus des Anfangs entsprungen ist und daß der launenhafte und grausame Charakter Stalins nicht allein für ihn verantwortlich war.»

In der Tat hätte, wie Deutscher richtig bemerkt, Stalin niemals derart freie Bahn für seine Diktatur haben können, wenn nicht die Chruschtschew und Konsorten ihn als Chef anerkannt und ihm gehorcht hätten — bei aller Würdigung der Lebensgefahr, die eine Opposition gegen Stalin für die Tollkühnen in sich geschlossen hätte.

Was darum in der Sowjetunion und in der kommunistischen Bewegung der ganzen Welt nötig ist, das ist die Überwindung auch der Geistesverfassung, aus der der Stalinismus erst erwachsen konnte — ähnlich wie es in Deutschland bei weitem nicht genügt, von Hitler und seinen Leuten abzurücken und ihre Untaten zu verdammen, vielmehr der ganze Nationalismus und Militarismus überwunden werden muß, der über Hindenburg und Wilhelm II., über Bismarck und Friedrich II. bis zu den Deutschordensrittern und den Germanisierungsgreueln in den ostelbischen, polnischen und litauischen Landen zurückführt, und aus dem Hitler nur die letzten Konsequenzen gezogen hat. Wohl wissen wir, daß der Gewaltkommunismus die Frucht des zaristischen Absolutismus und Feudalismus auf der einen Seite, der Interventionskriege, der inneren Gegenrevolution und des Hitler-Krieges auf der andern Seite ist, aufrechterhalten und versteift durch den aggressiven Antikommunismus der Nachkriegszeit. Und wir können verstehen, daß eine sowjetische Führungsschicht, die nichts von einem göttlichen Schutz weiß und wissen will — so wenig wie unser «christlicher» Westen —, in zentralistischer Diktatur, militärischer Rüstung und einem Gürtel verläßlicher Hilfsstaaten den einzigen Schutz vor dem weltweiten, mit gewaltigsten Mitteln unternommenen Versuch sah, die soziale Umwälzung in Osteuropa wieder zunichte zu machen. Aber die Sowjetunion ist inzwischen, mit China im Rücken, so stark geworden, und der ganze Weg der militärischen Machtpolitik führt nun so offenbar in eine letzte, allvernichtende Katastrophe hinein, wenn er weiter begangen wird, daß man jetzt der Sowjetführung zumuten *muß*,

sich einzig auf das Recht ihrer *Sache* zu verlassen, um Schutz vor dem Zerstörungswillen der «freien Welt» zu finden. Recht und Gerechtigkeit, Freiheit und Menschlichkeit auf dem eigenen Boden zu schaffen, so gut man es nur vermag — das wird auch für die Sowjetunion und ihre Verbündeten der sicherste Schutz vor der Drohung von außen sein. Und wir sind denn auch überzeugt, daß ohne Eingriff oder Drohung von außen die weitere Entwicklung in Osteuropa in dieser Richtung gehen wird, einerlei, was heute die Absichten der Staats- und Parteiführungen sein mögen.

Die Reaktion der „freien Welt" *Ohne Eingriff oder Drohung von außen* werde die Entwicklung so verlaufen, wagten wir vorauszusagen. Denn nun kommt eben, wie wir schon früher betonten, Entscheidendes darauf an, daß auch die Haltung des nichtkommunistischen *Westens* eine tiefgreifende Wandlung erfährt. Immer wieder schauen wir nach Anzeichen einer solchen Wandlung in den führenden Kreisen — unterschieden von der Volksmeinung — aus, und immer wieder sind wir enttäuscht. Wie *sollte* denn der Westen auf die angehobene Umstellung der Sowjetpolitik reagieren? Er sollte, wie wir glauben, die Ehrlichkeit des Willens zu einer fortschreitenden Lockerung des Diktaturregiments in den kommunistischen Ländern und zum friedlichen Wettbewerb mit der kapitalistischen Außenwelt anerkennen und alles tun, um diesen Willen zu stärken. Er sollte die Abrüstungsmaßnahmen der Sowjetunion ernstnehmen und nachahmen, sollte die Vorschläge der Sowjetunion für eine gemeinsame, internationale Rüstungsverminderung, die gestern ja seine eigenen Vorschläge waren, als Grundlage für den Abbau auch der Atomrüstungen annehmen, die bestehenden Militärbündnisse (NATO, Südostasiatische Allianz, Bagdadpakt usw.) auflösen und Hand zur Bildung eines europäisch-amerikanischen Sicherheitssystems bieten, in dessen Rahmen auch die deutsche Frage lösbar wäre. Und er sollte, als Grundlage dafür, das innere Regime seiner Staaten ebenfalls wirklich liberalisieren und demokratisieren, vor allem von der Wirtschafts- und Sozialverfassung her, die im Zeitalter des Spätkapitalismus ja nichts anderes als Diktatur und Klassenherrschaft ist und auch eine halbwegs echte politische Demokratie unmöglich macht.

Daß eine solche Umgestaltung der westlichen Welt von innen her *nicht* in Sicht ist, braucht nicht weiter dargelegt zu werden; der Augenschein vom Gegenteil ist zu überwältigend. Aber auch nach außen hin, besonders im Verhältnis zu den kommunistischen Oststaaten, ist infolgedessen im Westen keinerlei ernstliche Neuorientierung im Gang; wir haben das in unseren Überblicken immer wieder feststellen müssen und sehen diese Verstockung und Verhärtung der Stellungen auch für die Berichtszeit bestätigt. «Der Kommunismus und namentlich die

Sowjetunion ist und bleibt der große Menschheitsfeind; die Wendung in Moskau ist nur eine Kriegslist, ist bloß gerissene Taktik, die an der Zielsetzung des Kommunismus, der Absicht einer Welteroberung, nichts ändert und Wachsamkeit, Abwehrwillen und Rüstungssteigerung des Westens erst recht zur Pflicht macht» — das ist der Leitgedanke aller Kundgebungen verantwortlicher wie unverantwortlicher Stellen Westeuropas und Amerikas auch in den letzten Wochen gewesen. Wobei auch die sogenannten neutralen Staaten keine Ausnahme machten. Der Oberbefehlshaber der schwedischen Wehrmacht zum Beispiel, General Swedlund, hat in Göteborg eine Rede gehalten, in der er vor den unverändert gefährlichen Plänen der Sowjetunion warnte, die nur «in einen Schleier internationaler Entspannung, vermischt mit Wodkaaroma, gehüllt» seien — eine eigentlich «betrügerische» Politik, wie Swedlund meinte. Daß ähnliche Hetzreden auch auf Schweizer Boden gehalten werden dürfen, daß letzthin der rumänische Exilpolitiker Farcasanu und der amerikanische Exsenator Kersten im Beisein eines ehemaligen Bundesrats und zahlreicher anderer hoher schweizerischer Gäste sagen konnten, die Völker Osteuropas würden «von einer Handvoll Verbrecher geknebelt», auf deren «Koexistenzgeschwätz» leider gewisse westliche Politiker hereingefallen seien, und die Friedensreden der Sowjetführer gälten nur der «Vorbereitung einer neuen Aggressionsphase» — das ist für unsere «ewige Neutralität» ebenso bezeichnend wie der Kommentar des Berichterstatters der «Neuen Zürcher Zeitung» (in Nr. 1828), der fand, daß die Reden dieser Herren «von tiefem moralischem Ernst und echter Sorge um die Blindheit so vieler westlicher Politiker getragen» gewesen seien.

Daß die Westmächte nicht daran denken, ihre Militärbündnisse, die bekanntlich nur der Verteidigung gegen kommunistische Angriffe in Europa, in Vorderasien und in Südwestasien dienen, zugunsten einer Organisation kollektiver Sicherheit aufzulösen, versteht sich bei ihrer Grundeinstellung von selber. Auch die *Labourpartei* empfiehlt in ihrem neuen außenpolitischen Programm die Aufrechterhaltung der NATO und der SEATO, während die *westdeutsche* Sozialdemokratie immerhin, um der Einigung Deutschlands willen, für den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO einsteht. Dennoch hat sie die Annahme des Gesetzes über die Einführung des militärischen Zwangsdienstes durch den Bundestag nicht verhindern können, ist sie doch die Gefangene ihrer grundsätzlichen Zustimmung zur «Wehrgesetzgebung» und darüber hinaus ihres kurzsichtigen Antikommunismus. Nicht uninteressant ist, daß neulich sogar der USA-Senator Flanders der Washingtoner Regierung nahelegte, sie solle Adenauer ermutigen, direkt mit Moskau über ein wiedervereinigtes, entwaffnetes Deutschland zu verhandeln, da deutsche Aufrüstung und deutsche Einigung in unversöhnlichem Widerspruch stünden. Die Bonner Regierung selbst gibt freilich immer noch vor, diesen Widerspruch nicht erkannt zu

haben; Außenminister von Brentano hat (am 28. Juni) abermals den Verzicht auf die Wiederbewaffnung und die Anwesenheit alliierter Besetzungstruppen mit der Begründung abgelehnt, daß sonst ein Leerraum in Mitteleuropa entstünde, in den nur die Rote Armee einrücken würde*.

Auch von *Frankreich* ist nicht viel zu erwarten. Bei aller Kritik an der militärischen Machtpolitik des Westens wagt die von Rechtssozialdemokraten beherrschte Regierung Mollet-Pineau keine Trennung von der NATO und von der amerikanischen Vormundschaft ins Auge zu fassen. Anderseits führt sie in Algerien ihre «sale guerre» im besten kolonialistischen Stil fort, anscheinend ohne Rücksicht auf die Gefahr, daß das Unternehmen nicht nur den Sozialisten, sondern Frankreich selbst zum Verhängnis werden kann. «Man merkt bei ihnen (den Sozialisten) nichts mehr von der Größe des Ideals und der Hochsinnigkeit, die man in den Zeiten des revolutionären Sozialismus vor fünfzig Jahren als Hoffnung und Verheißung einer besseren Zukunft begrüßte», schreibt Henri Roser in den «Cahiers de la Réconciliation» (Maiheft). «Weil sie vor ihrem Gewissen eine schwierige Rechtfertigung suchen, werden sie noch gefährlicher, als es Zyniker wären oder gewesen sind. Denn sie kompromittieren Grundsätze, um die sich die andern nicht gekümmert haben ... Darum stirbt der Sozialismus. In welche Hände geht die zage Hoffnung über, die *nicht* sterben möchte?»

Und wie in Westeuropa und Nordafrika, so scheint auch in *Ostasien* die Politik der Westmächte festgerannt. Präsident Eisenhower hat vor wenigen Tagen in einer persönlichen Botschaft an Tschiang Kai-schek die Formosaregierung der fortdauernden Unterstützung durch die Vereinigten Staaten in ihrem Kampf gegen die Chinesische Volksrepublik versichert, der Amerika mit auffallender Zähigkeit die Anerkennung verweigert. Worauf spekuliert eigentlich Washington? Glaubt es immer noch an einen Zusammenbruch des neuen China, wenn Formosa nur den rechten Zeitpunkt erfasse, um mit amerikanischer Hilfe den Angriff auf das Festland zu tragen? Und was geht in Korea vor? Der südkoreanische Generalstabschef Tschung Il behauptete Ende Juni, im Besitz von Beweismaterial zu sein, «aus dem auf das bestimmteste hervorgehe, daß sich Nordkorea auf einen neuen Angriff gegen Südkorea vorbereite», wenn auch wohl kein *unmittelbar* bevorstehender Krieg drohe. Ist das etwa das Vorspiel zu einem Präventivkrieg der Regierung Syngman Rhee? Und was für eine Rolle kommt dabei der amerikanischen Politik zu? Mr. Dulles, der wenige Tage vor Ausbruch des ersten Koreakrieges mit Kriegsminister Johnson und Generalstabschef Bradley in Südkorea und bei General

* Nur am Rand sei vermerkt (weil bei *diesen* Christen längst nichts mehr überraschen kann), daß der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland durch die Absetzung Niemöllers als Leiter des Kirchlichen Außenamtes eine nicht mißverständliche Demonstration zugunsten der Aufrüstungspolitik veranstaltet hat.

MacArthur in Tokio weilte, hat ja Erfahrung in der Technik, kritische Situationen herbeizuführen, die nur mehr eine Gewaltlösung zulassen . . .

In *Indochina* hat Dulles sein Ziel vorderhand erreicht. Als Nichtunterzeichner des Genfer Abkommens von 1954 fühlte er sich frei, die darin vereinbarte Einigung von Nord- und Südvietnam durch freie Wahlen — sie hätten gerade jetzt, am 20. Juli 1956, stattfinden sollen — zu sabotieren und den Einfluß der Vereinigten Staaten für die gänzliche Lösung Südvietnams von Frankreich einzusetzen. Das ist ihm nur zu gut gelungen. Frankreich hat sich Schritt für Schritt aus Südvietnam verdrängen lassen, und Amerika hat in Ngo Din Diem, dem katholischen Antikommunisten, das gefügige Werkzeug gefunden, um in Saigon ein Regime aufzurichten, das, wie Claude Bourdet im «Observateur» (28. 6.) schreibt, «zu den tyrannischsten in ganz Asien gehört, ein Regime, das seine Herrschaft über das Land nur durch Waffengewalt durchsetzen konnte und sich gegen eine allgemeine Opposition nur durch Militär und Polizei halten kann». Diem strebt offen nach dem Sturz des kommunistischen Regimes in Nordvietnam; wird er auch darin Unterstützung durch Amerika finden, so wie Tschiang Kai-schek auf Formosa und Syngman Rhee in Südkorea sie für ihre Kriegspläne erhoffen?

Der Aufstand in Posen Das bedenklichste Zeichen dafür, daß der Westen unverändert auf eine Machtprobe mit dem kommunistischen Osten abzielt, ist aber im vergangenen Monat seine Reaktion auf den *Arbeiteraufstand in Posen* gewesen. Das tragische Ereignis war wieder gerade gut genug zur Entfachung neuer Haßgefühle gegen die Ostländer, zu neuer Profilierung des falschen, heuchlerischen Gegensatzes «Hier Freiheit — dort Sklaverei» und zur weiteren Vorbereitung der großen «Befreiungsaktion», die dem Westen als unausweichliche Pflicht überbunden sei. Dabei stellte man es vielfach so dar, als sei eine friedliche Arbeiterkundgebung von den kommunistischen Tyrannen ruchlos im Blut erstickt worden. Typisch ist der Leitartikel der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 1. Juli, betitelt «Das Blut von Posen», in dem von der «Unterdrückung der Posener Demonstrationen» die Rede ist, die sich (erst) «beim Eingreifen der mit Panzern operierenden Truppen» zu Straßenkämpfen gesteigert hätten. Aber auch die sozialdemokratische Presse tat sich in diesem Sinn hervor (so wenn die «Thurgauer Arbeiterzeitung» behauptete, daß «sich die heldenhaften Arbeiter Posens *waffenlos* gegen die Panzer und Maschinengewehre des sowjetisch-polnischen Marschalls Rokossowsky erhoben» hätten), desgleichen maßgebende Gewerkschaftsorganisationen. Nationalrat Grädel in Bern zum Beispiel protestierte als Präsident des Internationalen Metallarbeiterbundes feierlich da-

gegen, daß die kommunistischen Führer nicht gezögert hätten, in Überbietung der Methoden Francos «brutalste Terrormaßnahmen zu ergreifen», um «die Stimme des Volkes zu ersticken». Und der Internationale Bund Freier Gewerkschaften erklärte keck und nett: «Die Anwendung *bewaffneter Gewalt* und die Erschießung von Arbeitern bildeten die unmittelbare Antwort auf einen Streik, dessen Kundgebungen einen *friedlichen* Charakter aufwiesen.»

Das alles, wo doch jedermann weiß, daß die polnischen Behörden *keine* Waffengewalt anwandten, solange die Kundgebung der streikenden Arbeiter friedlichen Charakter hatte, und erst schießen ließen, als sich erstaunlich schnell bewaffnete Gruppen der Bewegung bemächtigten, nach vorbedachtem Plan die strategischen Punkte der Stadt angriffen, von den Hausdächern aus das Feuer eröffneten, Gebäude niederbrannten, Läden plünderten, ein Gefängnis erbrachen und einen regelrechten Straßenkampf eröffneten, die Polizei also gewollt zum Eingreifen zwangen. Oder hätten die Posener Behörden den Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten der bewaffneten Aufrührer tatenlos zusehen sollen? Hätte sich irgend eine Regierung der «freien Welt» ähnliches ruhig gefallen lassen? Greift der bürgerlich-kapitalistische Staat nicht ohne jedes Bedenken mit militärischer Gewalt ein, wenn seine «Ruhe und Ordnung» gestört oder nur bedroht wird? Hat er nicht in Hunderten von Fällen friedliche Streikbewegungen gewaltsam gebrochen, Kundgebungen unbewaffneter Menschenmengen mit brutalster Rücksichtslosigkeit auseinandergesprengt? Das Blutbad, das am 9. November 1932 die Genfer Regierung anrichtete, indem sie mit Maschinengewehren in einen waffenlosen Demonstrationszug schießen ließ (Ergebnis: 13 Tote und 65 Verwundete) — dieses Blutbad ist nur *ein* Beispiel von unzähligen, die zeigen, wie die herrschende Klasse der «freien Welt» vorgeht, wenn sie *ihre* Ordnung auch nur von ferne gefährdet sieht. Ob in den Vereinigten Staaten oder in Belgien, in Guatemala oder in Malaia, in Chile oder in Kenia, in Südkorea, auf Zypern oder in Algerien — überall ist es die selbstverständliche Praxis der *bürgerlichen* Regierungen, Volksbewegungen, Streiks und Arbeiterkundgebungen mit Polizei- und Militärgewalt niederzuschlagen. Die «freien Nationen» haben den polnischen Behörden wahrlich nichts vorzuwerfen!

Wir haben ihnen freilich etwas vorzuwerfen: daß sie durch Lohnkürzung und Normenerhöhung, durch hinauszögernde Behandlung sehr berechtigter und dringlicher Belegschaftsforderungen und eine schikanöse Bürokratie die Arbeiter der Maschinenfabrik «Stalin» in Verbitterung und Zorn hineintrieben und sie so zur leichten Beute von Aufrührern machten, denen es nicht um die Bewilligung der Arbeiterforderungen zu tun war, sondern um den Sturz des kommunistischen Regimes. Wobei die Lockerung des Diktaturregiments, die

in Polen besonders kräftig war, und die Internationale Industriemesse in Posen das Vorhaben der Straßenkämpfer erleichterten.

Die Kommunisten selbst, in Polen wie anderwärts, geben mit erfreulicher Offenheit zu, daß große Mißstände in der Lebensmittelversorgung und der Wohnbaupolitik und schwere Fehler der Behörden, der Kommunistischen Partei und der Gewerkschaftsleitungen den Boden geschaffen haben, auf dem sich erst der bewaffnete Aufstand entwikkeln konnte*. Und man kann nur dringend wünschen, daß die Regierung mit ihrer Liberalisierungspolitik fortfahren, die Wirtschaftspolitik viel mehr als bisher auf die Versorgung der Verbrauchermassen zu Stadt und Land ausrichten und keine Vergeltungsmaßnahmen gegen die am Streik beteiligten Arbeiter ergreifen möge. Aber all das genügt dennoch nicht, um in Polen — und in den kommunistisch regierten Ländern überhaupt — die Entwicklung in friedliche Bahnen zu lenken. Es muß auch Hilfe *von außen* her kommen. Das große Problem in den jungen Oststaaten ist ja, die soziale Revolution weiterzuführen und ihre Errungenschaften zu schützen und dennoch das Staatsgefüge so weit wie nur möglich zu liberalisieren und zu demokratisieren. Oder umgekehrt ausgedrückt: die Diktatur abzubauen und freiheitliche Einrichtungen zu schaffen, ohne doch die soziale Revolution zu gefährden. Die Notwendigkeit der Brechung der alten Herrschaftsmächte und der Sicherung der neuen Ordnung gegen ihre inneren und äußeren Feinde, in Verbindung mit der geistigen und sozialen Rückständigkeit der Bevölkerung, schienen den Trägern der Revolution keine andere Wahl zu lassen als die Konzentrierung der Staatsmacht in den Händen einer zielklaren, tatkräftigen Führungsschicht. Jetzt, da das Volk immer reifer, immer besser erzogen und materiell immer höher gehoben wird, und da gleichzeitig die Festigkeit und Kraft der neuen Staatswesen im Innern wie nach außen zusehends wächst, drängt sich die Dezentralisierung der Macht, die Demokratisierung der öffentlichen Einrichtungen und der Schutz der persönlichen Freiheitsrechte immer stärker als politische Notwendigkeit wie als reale Möglichkeit auf. Und doch müssen die Herrschenden feststellen, daß die Gegenrevolution in keiner Weise abgerüstet hat, weder im Inland noch im Ausland, vielmehr immer noch auf den Tag wartet und ihn vorbereitet, an dem das neue Regime gestürzt und — wenn auch mit etwelcher Anpassung an die seither geschaffenen Tatsachen — die alte gesellschaftliche und politische Ordnung wiederhergestellt werden könne.

---

* Vor allem scheinen die Arbeitslöhne in einem schreienden Mißverhältnis zu den Kosten der Lebenshaltung zu stehen. Auch auf dem Land muß man schon *sehr* viel Geld auf der Hand haben, um sich auch nur das Notwendigste kaufen zu können. Meine Nachbarin, eine Polin, die vor vielen Jahren als Landarbeiterin in die Schweiz kam, schickte unlängst ihrer Schwester in einem Dorf bei Krakau 100 Schweizer Franken. Das reichte gerade aus, um sage und schreibe drei Kilo Brot zu kaufen!

Schon wittern die konservativen Mächte Morgenluft, noch mehr als nach dem 17. Juni 1953, nach dem ostdeutschen Aufstand, dessen taktischem Muster die Posener Rebellion so offenkundig gefolgt ist. Eine Welle von Gerüchten über neue Unruhen in Polen, über Aktionen organisierter Widerstandsgruppen, über die Niederbrennung ganzer Dörfer ergießt sich über den Westen. «Im ganzen baufälligen kommunistischen Imperium», so schreibt «U. S. News & World Report» (in seiner Wochenübersicht vom 6. Juli), «schwelt der Aufruhr. Polen, Ostdeutschland, die Tschechoslowakei, die baltischen Staaten und Rußland selbst sind Pulverfässer, bereit, beim geringsten Funken in die Luft zu fliegen. Das Aufflammen des Aufstandes in Polen ist nur der letzte einer wachsenden Reihe von Zwischenfällen. Es wird noch viel mehr geben. Das kommunistische Dilemma ist: Gebt dem Volk einen Fingerbreit Freiheit, und es wird kilometerlange Forderungen einbringen. Die kommunistische Herrschaft wird in Gefahr kommen. Versagt ihm aber mehr Freiheit, dann wird der Druck der Mißstimmung eine Explosion vorbereiten. Gewaltige Revolutionskräfte scheinen sich in der kommunistischen Welt zu regen.»

Es ist wirklich ein Dilemma, vor dem die kommunistischen Regimes in Osteuropa stehen. Das Risiko, daß die Liberalisierung zu gewaltsamen Umsturzversuchen, ja zu ausländischer Intervention mit reaktionären Zielen mißbraucht wird, besteht unzweifelhaft. Es muß, so haben wir oben angedeutet, eingegangen werden im Vertrauen auf die beschützende Kraft der sozialistischen Ordnung und des Friedenswillens der Ostländer. Aber in unserer Welt wachsender gegenseitiger Abhängigkeit von Völkern, Staaten und Gesellschaftsformen muß eben *auch der Westen* dazu beitragen, daß die Liberalisierung der Ostländer durchdringt und zu einem Erfolg wird. Und das heißt, daß sich der Westen mit der sozialen Umwälzung im Osten als etwas Dauerndem abfinden muß und künftig in keiner Weise versuchen darf, sie rückgängig zu machen. Mit andern Worten: der Westen muß endgültig darauf verzichten, im Namen der Freiheit den Kalten Krieg gegen den «geknechteten» Osten weiterzuführen. Er hat gar kein *Recht* dazu, auch wenn in einem Teil der Westländer mehr oder weniger freiheitliche Staatsformen bestehen. Denn unter dem Einfluß des kapitalistischen Gewalt- und Ausbeutungssystems hat sich ja die politische Demokratie im Westen, soweit sie überhaupt eine Wirklichkeit war, dermaßen zersetzt, daß sie weithin nur noch die Verhüllung einer plumpen Minderheitsherrschaft rückschrittlicher Oberklassen und -kasten ist. Und erst die Demokratie in den Kolonial- und Halbkolonialgebieten der westlichen Welt ist an einem so kleinen Ort, ja zumeist einfach nichtexistent und durch ein offenes Unterdrückungsregime ersetzt — es soll davon gleich noch näher die Rede sein —, daß dem Westen gänzlich die Vollmacht fehlt, sich gegenüber dem Osten zum Vorkämpfer von Freiheit und Menschenrecht aufzuwerfen. Nicht zu reden

von den mehr als fragwürdigen Mitgliedern des Bundes «freier Nationen» wie die lateinamerikanischen Diktaturen, der spanische und portugiesische Faschismus und Klerikalismus, der südafrikanische Rassenstaat, die feudal-absolutistischen Despotien der Türkei, Persiens oder Pakistans und Südkoreas und die bösartigen Autokratien in Siam, Südvietnam, Formosa, Südkorea und auf den Philippinen.

Nein, es ist nicht Freiheitsliebe und Begeisterung für das Menschenrecht, was den Kalten Krieg des Westens gegen die östliche Welt inspiriert, sondern — unter Ausnützung freiheitlicher Volkskräfte — der Wille, die sozialistische Revolution, die im Osten angehoben hat, zu zerstören und die Herrschaft des sogenannten freien Unternehmertums über die Erde sicherzustellen. Solange dieser Wille am Werk ist, wird es ganz schwer, ja wohl unmöglich sein, auf friedlichem Weg die Diktatur im Osten zu überwinden, die nur als Organ der Verteidigung gegen die Unterwühlung und Bekriegung der sozialen Umwälzung ihre heutige Stärke gewonnen hat. Dann mag freilich die Zertrümmerung der Diktatur auf *gewaltsamem* Weg versucht werden, durch Aufstände und Putsche hin und her in den Oststaaten und zuletzt durch die große Endabrechnung mit dem Weltkommunismus, von der so unheimlich viele «Freiheitskämpfer» im Westen träumen. Aber das hieße eben auch Selbstzerstörung des Abendlands mit all dem, was an Freiheit und menschlicher Gesittung noch in ihm lebendig ist, hieße gewiß das Ende des Kapitalismus und der auf ihn gegründeten Gesellschaftsform, die beide schon durch die ersten beiden Weltkriege so schwer erschüttert und zurückgedrängt worden sind.

Posen ist ein Flammenzeichen — jawohl. Aber auch in dem Sinn, daß es aufs eindrücklichste mahnt, den Kalten Krieg gegen die soziale Revolution der Ostvölker einzustellen, die durch den Kommunismus, aus Schuld der kapitalistischen Demokratie und eines verbürgerlichten Christentums, gewaltsam vollzogene Befreiung dieser Völker als Tatsache anzuerkennen und damit die saubere Durchsetzung der politischen Demokratie im Osten im Frieden zu ermöglichen. «Den Völkern des Ostens *helfen*, über die rohen Methoden der Revolutionierung und Modernisierung ihrer gesellschaftlichen Lebensformen hinauszukommen», statt selbstgerecht den Osten anzuklagen und zu bedrohen — das, so schrieben wir schon in der Juni-Rundschau, sei die Aufgabe des «freien», des «christlichen» Abendlandes. Nach den Posener Ereignissen muß es erst recht festgestellt und doppelt und dreifach unterstrichen werden!

Kenia – eine Tragödie Wir zeigten vorhin, daß die «freien» Nationen allen Grund hätten, Gewaltherrschaft und Ausbeutung in ihrem eigenen Machtbereich abzuschaffen, um sich das Recht zu erwerben, über *fremde* Tyrannei abzuurteilen,

und erwähnten dabei auch die Zustände in ihren überseeischen Kolonien. Werfen wir darum heute wieder einmal einen Blick nach Afrika, das mehr und mehr ein Sturmzentrum der politischen Wetterkarte der Welt wird, und im besonderen nach Britisch Ostafrika, zumal gerade jetzt *Kenia* mit seinen Konzentrationslagern das Gewissen des *anständigen* Englands wieder einmal tief beunruhigt. Denn Kenia ist ja geradezu das Muster eines kolonialen Diktatur- und Polizeistaats, in dem Demokratie und Menschenrechte — um es vorsichtig auszudrükken — ziemlich unbekannte Begriffe sind.

Es ist ein schönes Land, dieses Kenia. Die Reisenden rühmen «die zauberhafte Verbindung von Kenias Tropenklima mit seiner reinigenden Höhenlage, die außerordentliche dramatische Schönheit seiner Landschaft, seinen glänzend blauen, hohen, durchsichtigen Himmel, an dem die Wolken hängen wie Bündel von Chrysanthemen». Und wenn auch der größere Teil des Landes, dessen Fläche etwa derjenigen Frankreichs entspricht, Steppe oder Ödland ist, so sind doch die anbaufähigen Gebiete vielfach, vor allem im Hochland, so fruchtbar, daß sie alljährlich zwei Ernten liefern. Das Unglück ist nur, daß der Boden Kenias weithin, und gerade auf den fruchtbaren Hochebenen, nicht den einheimischen Afrikanern gehört, sondern weißen, besonders britischen Siedlern. Eine Handvoll Europäer — nur etwa 4000 von den 30 000 europäischen Landesbewohnern — besitzen 24 Prozent des anbaufähigen Bodens, während fünfeinhalb Millionen Schwarze sich in den Rest teilen müssen — den *schlechteren* Rest, wohlverstanden. Denn die Weißen haben es, begünstigt durch die Kolonialverwaltung, ausgezeichnet verstanden, den *besten* Boden für sich zu gewinnen. Das Acker- und Wiesland der Afrikaner liegt fast ganz außerhalb des üppigen Hochlandes und ist großenteils schwer durch die Tsetsefliege verseucht, die im Europäerland fast unbekannt ist. Und die Hauptstämme der Schwarzen — die Masai, Kikuyu, Kamba, Meru usw. — sind in sogenannten Reservaten zusammengepfercht, die entsetzlich übervölkert sind. Die Kikuyu zum Beispiel, der größte und fortgeschrittenste Stamm, sind mit ihren 1 200 000 Köpfen auf einem Gebiet von kaum 5200 Quadratkilometern (etwa der Umfang des Kantons Wallis) mit mittelmäßigem bis schlechtem Boden eingeschlossen, haben aber ihre Volkszahl in 25 Jahren verdoppelt. Ähnlich ist es mit den anderen Stämmen; man kann sich leicht vorstellen, was für unhaltbare Verhältnisse in diesen Reservaten herrschen müssen, die auch bei bester Anbautechnik lange nicht die nötigen Lebensmittel zu erzeugen vermögen*. Die Afrikaner wandern deshalb massenweise aus ihren Heimstätten ab, von den Kikuyu beispielsweise in den letzten Jahren eine

* Dies um so weniger, als die Afrikaner nur in ganz beschränktem Ausmaß Kaffee und Sisalhanf pflanzen dürfen, gerade die Erzeugnisse also, die den Weißen ihren Reichtum gebracht haben!

halbe Million. Sie drängen teils nach den Städten, in denen sie das Lumpenproletariat stellen (in Nairobi gibt es Nacht für Nacht etwa 10 000 obdachlose Schwarze), teils in die Gebiete der weißen Siedler, denen sie sich als Landarbeiter verdingen. Vor dem Mau-Mau-Aufstand gab es allein unter den Kikuyu gegen 300 000 solcher «Squatters»; mit dem Ausbruch der Revolte setzte dann aber eine Massenrückwanderung in die Reservate ein, die deren Überfüllung noch viel unerträglicher machte als zuvor.

Freilich gerieten dadurch auch die weißen Siedler in Schwierigkeiten. Aber im großen ganzen geht es diesen Leuten wirklich nicht schlecht. Kingsley Martin berichtete seinerzeit im «New Statesman» von einem Großgrundbesitzer, der 60 000 Pfund Sterling (etwa 1 200 000 Fr.) in *einem* Jahr verdiente (10 000 Pfund mußte er allerdings als Steuern abgeben). Jahreseinkommen von 20 000 und 30 000 Pfund sind keineswegs selten. Ihren Landarbeitern aber zahlen die Besitzer Wochenlöhne von zweieinhalb bis viereinhalb Schilling, was einen Jahresverdienst von höchstens 12 Pfund (etwa 150 Fr.) ergibt! Auch sonst sind die Afrikaner in Kenia schlecht entlöhnt. Nach einer amtlichen Aufstellung gab es in einem der letzten Jahre in der untersten Einkommensgruppe bei den Afrikanern über 46 000 Arbeiter mit einem Verdienst von *weniger als 24 Pfund im Jahr*, während die unterste Einkommensgruppe bei den Weißen Angestellte und Arbeiter mit Löhnen *bis 600 Pfund* jährlich umfaßte, und zwar nur zwei- bis dreitausend an der Zahl; alle andern Europäer verdienten mehr.

Wie die Afrikaner in Kenia bei solchen Hungerlöhnen leben (oder vegetieren), kann man sich unschwer vorstellen. Lassen wir Fenner Brockway sprechen, den unerschrockenen britischen Vorkämpfer der kolonialen Befreiung, der in seiner Schrift «Why Mau Mau?» («Warum Mau-Mau?») berichtet:

«Wir gingen (in Nairobi) auf einen Backsteinbau zu, der wie eine Reihe Latrinen aussah ... Wir klopften aufs Geratewohl an eine Tür. Der einzige Raum war zehn auf zehn Fuß groß (etwa drei Quadratmeter). Er hatte kein Fenster und war dunkel. Drei verheiratete Paare schliefen darin, in schmalen Betten hinter Vorhängen. Wir gingen weiter in eine jüngere Wohnanlage, baulich ganz malerisch. Wir klopften an die erste Tür. Wiederum nur ein Wohnraum, 15 zu 12 Fuß. Zwei Familien — vier Erwachsene und vier Kinder — wohnten hier. Ist es überraschend, daß die Tuberkulosesterblichkeit in Nairobi während der letzten sieben Jahre sich verdreifacht hat?

Wenn die Afrikaner Arbeit finden, beträgt ihr Lohn in Nairobi 56 Schilling im Monat (etwa 34 Franken). Davon kann kaum ein alleinstehender Erwachsener leben. Der städtische Amtsarzt sagt, 60 Schilling im Monat sei der Mindestbetrag, der nötig sei, um einen Afrikaner gesund zu erhalten, wobei vorausgesetzt wird, daß der ganze Betrag für Nahrungsmittel ausgegeben wird. Der Kikuyu, der sein Reservat verläßt, um in der Stadt zu arbeiten, kann seiner Frau und seinen Kindern nichts schicken; sie müssen ihr Leben von dem Bodenfetzen um ihre Hütte herum fristen. Die Behörden beklagen die Zunahme der Verbrechen bei den städtischen Afrikanern, aber es ist buchstäblich wahr, daß Hunderte von ihnen keine andere Wahl haben, als zu stehlen oder zu verhungern.

Die Normalnahrung ist Posho, ein Maismehl. Seit 1938 ist es im Preis um über 600 Prozent gestiegen. Die Afrikanerbevölkerung, die von ihrem Boden vertrieben wurde, wo sie Mais baute, kann jetzt nicht genug Maismehl kaufen, um die Hungerqualen zu stillen.»

Über die Schulverhältnisse sagt Fenner Brockway:

«Ich betrachte die Rassentrennung für Schulkinder als das größte soziale Verbrechen in Kenia. Kinder haben keinen natürlichen Sinn für die Farbenschranke. Das Gift dringt in ihr Gehirn nur von den Vorurteilen ihrer Eltern oder erwachsenen Angehörigen her ein. Die europäischen Schulen sind besser als die asiatischen (in Kenia), die asiatischen besser als die afrikanischen. Die Jahresausgabe für ein Europäerkind beträgt 11 Pfund 14 Schilling, 2 Pfund 14 Schilling für ein indisches Kind und 6 Schilling (Fr. 3.60) für jedes Afrikanerkind.»

Und Eileen Fletcher, die Quäkerin, deren Enthüllungen über die Gefangenenlager in Kenia in England soviel peinliches Aufsehen erregt haben, stellt nach Angaben von Dr. Gregory, eines Beamten des Kinderhilfsfonds, fest, daß gegenwärtig in Kenia 870 000 Kinder ohne jede Schulbildung sind. Nur etwa 330 000 afrikanische Kinder besuchen, wie die Erziehungsbehörde erklärt, die Primarschule, durchschnittlich ganze drei Jahre.

Die Farbenschranke So ist die ganze Politik der europäischen Herrenschicht in Kenia darauf gerichtet, die Masse der Afrikaner geistig wie körperlich niederzuhalten, als leicht ausbeutbare Unterklasse, der die Fähigkeit zu menschlichem Aufstieg und zu politischer Selbstregierung abgesprochen wird. Darum auch die Konsequenz, mit der die Farbenschranke aufrechterhalten wird. John Gunther, der amerikanische Verfasser von «Inside Africa» (das im Herbst auch in deutscher Übersetzung herauskommen wird), macht darauf aufmerksam, daß in Kenia nicht nur eine zwei-, sondern eine dreiseitige Rassentrennung besteht:

«Dem Besucher, der auf dem Flugplatz von Nairobi ankommt, wird dies sofort augenfällig zu Gemüte geführt: es gibt Toiletten ‚für europäische Männer' und ‚für asiatische Männer', aber für Afrikaner überhaupt keine! Die Europäer stellen Afrikaner als Chauffeure, Gärtner, Hausburschen usw. an und kaufen in indischen Läden ... aber darüber hinaus gibt es — außer in amtlichen Kreisen — kaum irgendwelche Fühlung zwischen beiden Teilen. Die Europäer leben in *einer* Welt, die Inder in einer andern und die Afrikaner in einer dritten ... Daß dies eine gänzlich erstickende und vergiftende Lage schafft, liegt zu klar am Tag, als daß es weiterer Darlegungen bedürfte, und verständige Europäer wissen es auch ganz gut.

Am schärfsten wirkt sich die Entrechtung der Afrikaner in Kenia natürlich auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet aus. Die ganze Machtstellung der Weißen in Kenia, wie im übrigen Afrika, beruht auf der Arbeitskraft der Schwarzen, und doch verweigern sie den Schwarzen nicht nur anständige Löhne, sondern auch das Stimmrecht.»

Allgemeine Wahlen hat es tatsächlich in Kenia nie gegeben und wird es unter der Herrschaft der Weißen auch nie geben, wäre es doch mit ihrer Macht schnell vorbei, wenn es auch im Parlament, wie jetzt schon

in der Bevölkerung, eine Überzahl der Afrikaner gegenüber den Europäern im Verhältnis von 132 zu eins gäbe. Die gegenwärtige «Volksvertretung» (die praktisch nicht viel zu sagen hat) wird nach dem Gruppensystem zusammengesetzt; Europäer, Asiaten und Afrikaner bekommen je ihre gesonderten Abgeordneten, die zumeist vom Gouverneur *ernannt* werden, selbstverständlich mit überwältigender weißer Mehrheit. *Gewählte* Vertreter haben die Inder (mit 90 000 Köpfen) sechs, die Araber einen (mit 24 000 Köpfen) und die 30 000 Europäer elf. Die fünfeinhalb Millionen Afrikaner hatten bis vor kurzem überhaupt keine gewählten Vertreter; jetzt dürfen sie auf Grund eines ganz beschränkten Wahlrechts für ausgesuchte, «loyale» Kandidaten auch stimmen. Und in der Regierung, dem sogenannten Exekutivrat, sitzen jetzt sogar drei Afrikaner, einer davon mit Ministerrang . . .

Die Engländer sind geneigt, solche Zugeständnisse an die Afrikaner als wesentlichen Fortschritt auf dem Weg zu einer «mehrrassigen» Gesellschaft anzusehen. Die Afrikaner selber denken anders. Sie sehen hinter allen britischen «Reformen» den Willen, die Herrschaft des weißen Mannes nur um so entschlossener festzuhalten. Sie empfinden sich in ihrem eigenen Land als Fremde, Ausgestoßene, Minderwertige. Sie stellen auf Schritt und Tritt fest, daß sie keine vollberechtigten Bürger, sondern zweit- und drittrangige Hintersassen sind, gerade recht, um den Weißen zu dienen und sie mächtig und reich zu machen. So nimmt es keinesfalls wunder, daß sich der Groll und die innerliche Empörung, die sich durch lange Jahre hindurch in den Afrikanern angesammelt hatten, schließlich — im Herbst 1952 — in jenem großen Aufstand Luft machten, der als *Mau-Mau-Revolte* in die Geschichte eingegangen ist. Gewiß hat sich die Mau-Mau-Bewegung schwerer Gewalttaten und Grausamkeiten schuldig gemacht, vor allem gegenüber Afrikanern selbst, die England treu blieben. Weiße sind von den Mau-Mau kaum mehr als 60 oder 70 getötet worden, während sie selber mindestens 8000 Tote gehabt haben. Aber es war eben ein Ausbruch sinnloser Verzweiflung eines unterdrückten und verelendeten Volkes, was sich mit dem Mau-Mau-Aufstand ereignete, und die Engländer hätten dem bei ihrer Behandlung der Revolte unbedingt Rechnung tragen müssen. Statt dessen schlugen sie die Erhebung mit letzter Brutalität und Erbarmungslosigkeit nieder. Nicht nur töteten sie Tausende von Afrikanern bei ihren Polizei- und Militäraktionen; sie richteten auch (nach jüngsten Angaben) 1015 Schwarze wegen Mau-Mau-Verbrechen hin, davon nur 297 wegen wirklichen oder angeblichen Mordes; die übrigen wurden wegen Vergehen gehängt, die normalerweise nicht als todeswürdig gelten: wegen verbotenen Besitzes von Feuerwaffen, wegen Ablegung gesetzwidriger Eide, wegen «Verbindung mit Terroristen», wegen Lieferung von Lebensmitteln an sie usw. Darüber hinaus wurden Hunderte, vielleicht Tausende von Afrikanern, auch wenn sie nur im Verdacht standen, den Mau-Mau Vorschub zu leisten oder mit ihnen

zu sympathisieren, von den Weißen freihändig erschossen. Jeder Weiße hatte das Recht, jeden Afrikaner in den gefährdeten Gegenden zu stellen und niederzuknallen, wenn er nicht antwortete oder stehenblieb. «Ich sah», so erzählte ein Weißer einmal offenherzig, «einen Kuk (Kikuyu) vom Zug springen, als er heute morgen in die Station einfuhr. Ich zog meinen Revolver und rief ‚Halt!', und verdammt noch einmal, der Bursche hielt. Ich hätte ihn mit Leichtigkeit umlegen können.»

Der Aufstand wurde so für den Augenblick blutig unterdrückt. Aber ist damit das Problem gelöst, das er stellte? Mit nichten. Die Zustände, aus denen er herausgewachsen ist, bestehen so ziemlich unverändert fort. Und die weiter in Geltung befindlichen Unterdrückungsmaßnahmen der Engländer tragen dazu bei, neue Erbitterung zu wecken. Noch werden rund 41 000 Afrikaner — Männer, Frauen, Kinder — in Massenlagern gefangengehalten, darunter — wie Miß Fletcher enthüllt hat — Jugendliche jedes Alters, z. B. Mädchen von 12 bis 15 Jahren, Menschen zumeist, die entweder nie rechtmäßig abgeurteilt und auf bloßen Verdacht hin verhaftet wurden oder, *wenn* sie verurteilt wurden, ihre Strafe bereits abgebüßt haben, ja sogar solche, die als unschuldig befunden wurden, aber doch als «gefährliche Elemente» auf unbestimmte Zeit hinter Stacheldraht leben müssen. Wohl sollen nach einer Mitteilung des Ministers für Innere Sicherheit in Kenia, Cusack, in absehbarer Zeit 17 000 Gefangene freigelassen werden, aber gleichzeitig werden jeden Monat im Durchschnitt 800 neue Afrikaner in die Lager eingeliefert, so daß die Lücken bald wieder ausgefüllt sein dürften.

Kenia bleibt damit ein Vulkan, der jederzeit wieder verheerend ausbrechen kann. Und die weiße Herrenschicht meint, eine neue Katastrophe mit Polizeiterror und Rassentrennung verhindern zu können — wenn sie sich der Gefahrenlage überhaupt bewußt ist! Kenia gilt eben bei nicht wenigen Weißen als eine Art Schlaraffenland, in dem man möglichst ungestört dem Genuß zu leben imstande sein müsse. Nairobi insbesondere, die Hauptstadt, ist, wie John Gunther schreibt,

«auch der Sammelplatz einer internationalen Lebewelt . . ., von Menschen, die von Milch und Honig leben, ein spielerisches Dasein in herrlicher Umgebung führen, sich um die Steuern zuhause drücken und sich damit vergnügen, Löwen zu schießen und sich gegenseitig ihre Frauen abzujagen. Mehr als eine andere Stadt in Afrika (Tanger vielleicht ausgenommen) hat es die korrupten Reichen und die Abenteurer angezogen, die schnell ein Vermögen machen wollen. Diese aufpolierte Gesellschaft dachte im großen ganzen überhaupt nicht an den Hexenkessel, auf dem sie saß. Und doch ist Nairobi nur zehn Kilometer vom nächsten Kikuyureservat entfernt!»

Diktatur in Rhodesia Womöglich noch ausgeprägter als in Kenia ist die Diktatur der weißen Oberklasse in *Britisch Zentralafrika*, das seit 1953 selbständiger Bundesstaat ist. Es besteht aus drei Ländern mit eigenen Regierungen: Südrhodesia, mit

2 000 000 Afrikanern und 160 000 Weißen, Nordrhodesia (1 860 000 Schwarze, 45 000 Weiße) und Nyassaland (2 400 000 Schwarze, 4000 Weiße). Die Föderation zählt so im ganzen 6 500 000 Afrikaner und 210 000 Weiße auf einem Flächenraum, der zweieinhalbmal so groß ist wie Spanien.

Die Farbenschranke ist in Britisch Zentralafrika streckenweise höher als sogar in Südafrika mit seiner wahnwitzigen «Apartheid»-Politik, aber offiziell strebt die neue Föderation nach einer friedlichen Zusammenarbeit von Schwarz und Weiß — freilich mit selbstverständlicher Vorherrschaft der Weißen. Im Bundesparlament sitzen wirklich sechs Afrikaner, die freilich nur die Rolle eines Feigenblattes zur Verdeckung der «nackten Tatsache» des unbedingten Herrentums der Europäer spielen. In *Südrhodesia* zum Beispiel gehört die Hälfte des Bodens den Weißen, die nicht einmal acht Prozent der Bevölkerung ausmachen. Und wie in Kenia, gehört ihnen das *beste* Land. Wenn es aber die Umstände in den Augen der Weißen erfordern, wenn namentlich irgendwo Bodenschätze auf dem Gebiet eingeborener Stämme entdeckt werden, wird die schwarze Bevölkerung einfach fortgeschafft, oft in ungesunde, tsetseverseuchte Gegenden, wo die Deportierten nicht einmal die Sprache verstehen.

Nordrhodesia, fast zweimal so groß wie Südrhodesia, ist das Land des Kupfers. Sein «Kupfergürtel», der jüngste der großen Bergwerksbezirke der Welt, liefert etwa 15 Prozent des Kupfers der von den Westmächten beherrschten Länder und ist das zweitreichste Kupferlager der Welt. Dank diesem Mineralreichtum erlebte Nordrhodesia in den letzten Jahrzehnten einen phantastischen wirtschaftlichen Aufschwung. Den Löwenanteil am Ertrag der Kupferindustrie sicherte sich das amerikanische Kapital, das heute tatsächlich in ganz Afrika die Bergwerksindustrie beherrscht. Traurig, aber bezeichnend ist, daß sich der Rassenkampf in Nordrhodesia nicht zuletzt auch zwischen weißen und schwarzen Arbeitern abspielt. Im Kupferrevier arbeiten etwa 37 000 Afrikaner und 6000 Weiße. Beide Teile haben kräftige Gewerkschaften, die aber in offener Feindschaft gegeneinander stehen. Die weiße Gewerkschaft nimmt keine Schwarzen auf und kämpft seit Jahren erfolgreich für die Aufrechterhaltung ihrer Monopolstellung in den gelernten Berufen. Die weißen Bergarbeiter in Nordrhodesia haben sich so wahrscheinlich die höchste Lebenshaltung unter den Grubenarbeitern der ganzen Welt gesichert, Amerika nicht ausgeschlossen. Sie haben — nach John Gunther —

«ausgezeichnete, mit Staatshilfe erbaute Wohnungen zu niedrigen Mietpreisen, Gartenstädte, sehr gute Sozialdienste, die Möglichkeit, billige afrikanische Dienstboten anzustellen, und Löhne, die für gelernte Untertagsarbeit über 2000 Pfund Sterling im Jahr (etwa 25 000 Franken) ausmachen ... Der Hauptklagepunkt der Afrikaner ist, außer der Farbenschranke, die schreiende Ungleichheit der Löhne. Der Durchschnittslohn der europäischen Untertagsarbeiter beträgt 105 Pfund im Monat; der-

jenige der Afrikaner ist oft nicht höher als 6 Pfund. Die Afrikaner bekommen zwar einige Dienstleistungen gratis, die die Europäer bezahlen müssen, und haben auch freie Wohnung und Verpflegung. Aber auch so ist es in den Augen der meisten Beobachter ein Skandal, daß der Weiße annähernd *siebzehnmal mehr* Barlohn erhält als der Schwarze.»

Außerhalb der Industrie ist die Rassentrennung in den beiden Rhodesien, wie schon gesagt, vielfach schärfer als irgendwo sonst in Afrika, auch als in Kenia und in der Südafrikanischen Union. Es sei nochmals John Gunther als unverdächtiger Zeuge angeführt:

«Als wir in Lusaka (Nordrhodesia) waren, durften dort Afrikaner die meisten Europäerläden nicht betreten, sondern mußten durch eine Öffnung nach außen bedient werden. Im Staub oder Regen standen sie in dunklen Gängen neben oder hinter dem Laden an, wo eine Art Schiebeloch mit einem kleinen Sims in die Mauer eingelassen war. Durch diese Öffnung hindurch brachten sie ihre Wünsche vor, und wenn der weiße Verkäufer drinnen geruhte, sie zu beachten, wurde ihnen die Ware durch das Loch zugeschoben. Irgendwelche Artikel berühren oder in die Hand nehmen durften die Afrikaner nicht; sie durften das Gewebe eines Stückes Stoff nicht befühlen oder irgend etwas probieren und hatten keinerlei Möglichkeit, sich umzusehen oder etwas auszuwählen ...

In Lusaka gibt es kein Kino für Afrikaner, kein Theater und keine öffentlichen Erholungsstätten für sie. Auf der Post ist die Rassentrennung theoretisch abgeschafft, aber das Postbüro, das wir sahen, hatte zwei Eingänge, und die Afrikaner wurden in einen dunklen Gang hineingequetscht, der nur ein Viertel so groß war wie die weiße Abteilung*.»

In Südrhodesia — und ähnliches gilt weithin auch für Nordrhodesia — dürfen die Afrikaner keine Feuerwaffen besitzen, kein weißes Hotel betreten, keinen europäischen Alkohol trinken (was wirklich kein Schaden ist), nicht ohne Passierschein in den Städten abends ausgehen und müssen in scheußlichen Wohnlöchern hausen. In den Zügen gibt es besondere Abteile für Afrikaner; Speisewagen, Bahnhofrestaurants und Wartesäle dürfen sie nicht betreten.

Wählen darf in Südrhodesia kein Afrikaner, wenn er nicht erstens mindestens 240 Pfund im Jahr verdient oder Fahrhabe im Werte von 500 Pfund besitzt, und zweitens nach der Primarschule noch weitere drei Jahre Unterricht gehabt hat. Nur etwa 2000 Eingeborene von zwei Millionen erfüllen diese Bedingungen. In Nordrhodesia haben bei den ersten Bundeswahlen von rund 1,9 Millionen Afrikanern genau *drei* Mann gestimmt. «Demokratie» in der «freien» Welt!

---

* Auch in der Rechtsprechung werden die Afrikaner in mehr als anstößiger Weise schlechter behandelt als die Europäer. Aus einer im «New Statesman» (30. Juni) veröffentlichten Liste seien nur zwei oder drei Fälle herausgegriffen, alle aus Nordrhodesia. Ein Europäer mißhandelte einen Neger so roh, daß dieser nur durch eine Operation auf Tod und Leben noch gerettet werden konnte. Strafe: drei Monate Zwangsarbeit. Afrikaner boxten einen Europäer herum, der einen Neger mit seinem Auto getötet hat, ohne ihn ernstlich zu verletzen. Strafe: 15 bis 20 Monate Zwangsarbeit. Zwei Afrikaner stahlen 16 Hemden in einer Handelsunternehmung. Strafe: 12 Monate Zwangsarbeit. Ein Europäer stahl aus einer Staatskasse 157 Pfund. Strafe: Erlassen, mit dreijähriger Bewährungszeit. Afrikaner, so wird angenommen, empfinden eben eine Strafe viel weniger hart als die feiner veranlagten Europäer ...

Widerstand in Nyassaland Nicht besser sieht es im dritten Land der Föderation aus, in *Nyassaland*. Es ist zu 99,6 Prozent schwarz, wird aber absolut von den Weißen beherrscht. Mit gutem Grund wehrten sich darum die Nyassaländer sozusagen bis zum letzten Mann gegen ihre Eingliederung in die Föderation, deren Zweck kaum etwas anderes ist als die Loslösung der drei Kolonien vom «allzuweichen» Londoner Kolonialamt und ihre Unterstellung unter die weiße Kapitalisten- und Siedlerschicht, vor allem unter die besonders rassenbewußte Herrenklasse Südrhodesias. (Bis jetzt sind sowohl Nyassaland als Nordrhodesia formell noch Protektorate, die von London aus beaufsichtigt werden.) Ihr Kampf war vergeblich. Im August 1953 brach zwar im Gebiete des Cholostammes und in den Nachbarbezirken ein Aufstand aus, der an die Mau-Mau-Revolte erinnerte, sind doch die Afrikaner auch in Nyassaland durch die weißen Siedler auf so enge Räume mit minderwertigem Boden zusammengedrängt, daß sie wie in Kenia zuwenig zum Leben und doch immer noch zuviel zum raschen Sterben haben. Aber die Erhebung wurde bald niedergeworfen. Dabei ereigneten sich einige Zwischenfälle, deren bewegendsten in Kürze zu erzählen ich mir nicht versagen kann*.

Der angesehenste Afrikaner in Nyassaland war der Häuptling Phillip Gomani, der inzwischen gestorben ist. 32 Jahre lang war er Oberhaupt der Angoni gewesen und hatte immer den Engländern tätige Ergebenheit bewiesen. Aber als der Plan einer zentralafrikanischen Föderation auftauchte, wollte er nichts von einer Unterwerfung Nyassalands unter die Oberhoheit weißer Rassenfanatiker in Rhodesia wissen und ermutigte auch sein Volk zum Widerstand dagegen. Doch verbot er streng jede Gewalttätigkeit, hatte er doch vom Christentum, dem er anhing, und von Indien gelernt, was passiver Widerstand ist. Alle Kundgebungen, so verlangte er, sollten gewaltlos erfolgen und einfach Ausdruck friedlichen Protestes gegen eine dem Afrikanertum schwer abträgliche Maßnahme sein. 32 weitere Nyassa-Häuptlinge schlossen sich ihm an.

Trotzdem beschlossen die Engländer, Gomani zur Vermeidung allfälliger Unruhen vorsorglich zu verhaften. Er wurde beschuldigt, «seine Befugnisse als Eingeborenenführer zu mißbrauchen und das Gesetz zu mißachten». Als bekannt wurde, daß ihr Häuptling von der Polizei abgeführt werden sollte, versammelten sich viele Stammesangehörige vor dem Hause Gomanis. Die ganze Nacht brannten Feuer unter dem Sternenhimmel. Beim Licht einer Sturmlaterne wurde aus der Bibel vorgelesen; Gebete und Gesänge stiegen empor, ja man sang sogar «God save the Queen» in der Sprache der Chinyanja.

---

* Das Folgende nach einem Bericht Pfarrer Michael *Scotts*, des großen Verteidigers der Schwarzen und Augenzeugen der Vorfälle.

Der alte Häuptling saß mit seiner Frau und seinen Räten an einem der Feuer. Da er, ein kranker Mann, an Zitterkrampf litt, mußte er von seiner sanften Frau in die Arme geschlossen werden, damit er nicht ins Feuer stolpere, als er zum Gebet aufstand. Arme und Beine hin und her schwingend, rief er seine Leute auf, ihr ganzes Vertrauen auf Gott und Christus zu setzen und in keiner Art und Weise zu Gewalt zu greifen. Kein Haß noch Zorn lag in seiner Stimme, als er zu Gott, zu Jesus Christus und zur Königin flehte, die Lage seines Volkes anzusehen und sich all seiner Ängste und Sorgen zu erbarmen.

Auch auf den fernen Bergen brannten Feuer, und die Menschen versammelten sich in den Dörfern, um zu hören, was kommen würde. Als die Morgendämmerung rosig anbrach, wurde im Dorfe Gomanis noch ein Kapitel aus Jesaja vorgelesen, und dann gingen die Leute an ihr Tagewerk. Plötzlich rannte ein junger Bursche herbei und kündete die Ankunft der Polizei an. Der befehlhabende Offizier forderte den Häuptling zur Ergebung auf. Gomani wollte seinen Leuten erklären, daß er nicht freiwillig sein Heim und sein Volk verlasse, und sagte zum Offizier, er sei immer noch Häuptling seines Stammes, wenn auch die Regierung vielleicht beschließe, ihn zeitweilig seiner Stellung zu entheben. Der Offizier ließ sich jedoch auf keine Verhandlungen ein und machte Miene, den Häuptling zu verhaften. Sooft aber die Polizisten Hand an ihn legen wollten, schritten die Afrikaner ein und erklärten, lieber selber ins Gefängnis zu gehen als ihren Häuptling abführen zu lassen. Die Lage wurde ungemütlich, und der Offizier befahl, gegen die Menge mit Tränengas vorzugehen, nachdem die schwarzen Soldaten (wie später durchsickerte) sich geweigert hatten, einen Angriff mit Knüppeln zu machen.

Schließlich wurde Gomani doch in den Polizeiwagen gedrängt; aber ganze Reihen von Afrikanern stellten sich quer über den Weg, so daß der Wagen nicht weiterkonnte. Der Häuptling wurde von seinen Leuten wieder aus dem Wagen gehoben und in den Busch mitgenommen. Die Polizei wagte nicht, zu folgen; sie war offenbar zu verlegen. Scott, der Häuptling und einige andere Männer konnten nach schweren Mühsalen die Grenze überschreiten und auf portugiesisches Gebiet gelangen. Die Portugiesen lieferten aber Gomani den Engländern aus, die ihn in ein Spital brachten. Bald nachher starb er, noch bevor ihm der Prozeß gemacht werden konnte.

In diesem Fall unterlag das tapfere Häuflein Afrikaner mit seinem Widerstand gegen die britische Herrschaft. Man fragt sich aber, was geschähe, wenn eine *allgemeine* Bewegung zivilen Ungehorsams, so wie sie 1952 in Südafrika bereits einmal begonnen hat, die afrikanischen Massen ergreifen würde. Die Herrschaft des weißen Kolonialismus müßte so gründlich erschüttert werden und schließlich zusammenbrechen, wie das unter Gandhis Führung in Indien der Fall war. In-

zwischen flammen da und dort organisierte Streiks der schwarzen Arbeiter auf. Auch in Nordrhodesia. Die afrikanische Bergarbeitergewerkschaft gewann 1953 einen bedeutenden Streik, verlor aber einen neuen Ausstand zwei Jahre später. Immerhin stellten die Grubengesellschaften 32 000 Streikteilnehmer wieder ein, ohne sie zu maßregeln — zum großen Leidwesen der weißen Gewerkschaft, die schon auf eine Zerschlagung der schwarzen «Konkurrenz» gehofft hatte. Und vorderhand vermag man nicht gut zu sehen, wie angesichts der überlegenen Machtmittel der Weißen und der Zusammenhaltlosigkeit und intellektuellen Rückständigkeit des Großteils der Schwarzen neue Streikbewegungen der afrikanischen Arbeiter Erfolg haben könnten. Aber damit ist nicht gesagt, daß es in naher Zukunft nicht doch zu schweren Zusammenstößen zwischen den weißen Herren und den schwarzen Sklaven — so muß man sie doch wohl nennen — in Afrika kommen werde. «Weitblickende Menschen», so stellt auch John Gunther fest, «machen sich Sorgen darüber, was geschehen wird, wenn mit dem unaufhaltsamen Fortschritt der Industrialisierung die weiße und die schwarze Bevölkerung auf viel breiterer Front näher aneinander heranrückt. Tausende und aber Tausende von Afrikanern werden in den nächsten paar Jahren aus den Reservaten ausbrechen und in die Fabriken und Städte wandern. Die Konfliktsmöglichkeiten sind dann, wie nur zu klar ist, schlechthin grenzenlos.»

14. Juli. *Hugo Kramer*

STIMMEN

Carl Dallago: . . . Daß der Papst den Weltkrieg «eine ehrlose Menschenschlächterei» nannte, ändert wenig an der viel maßgebenderen Tatsache: daß die kriegführenden Staaten und deren Lenker der offiziellen Kirche unterstehen, und zwar so, daß dieser die Weisung und Unterweisung jener im Christlichen, als dem Religiösen, anvertraut ist. Wenn nun diese Völker und Staatenlenker, die von der Kirche im Christlichen offiziell unterwiesen worden sind und sich als Christen ausgeben lassen, durch ihre politische Tätigkeit einen Weltkrieg zu entfesseln vermochten, und die Kirche nach wie vor ihr offizielles Gepräge in diesen Staaten beibehält, ist zweifellos festgestellt, daß die existentielle Beschaffenheit dieser offiziellen Kirche *nicht* die wahre christliche ist . . .